

Strafrecht im Assessorexamen

Eine Darstellung der wesentlichen Anforderungen an
das materiell- und formellrechtliche Gutachten,
die Abschlußverfügung der Staatsanwaltschaft,
die Anklageschrift und das Strafurteil in der Assessor Klausur
sowie an den Aktenvortrag in der mündlichen Assessorprüfung

von

Dr. Gereon Wolters

Privatdozent

an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

und

Dr. Michael Gubitz

Rechtsanwalt in Kiel
Fachanwalt für Strafrecht

2. Auflage



VERLAG C. H. BECK MÜNCHEN 2001

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Erster Teil. Staatsanwaltschaftliche Aufgabenstellungen in der strafrechtlichen Pflichtklausur

Erster Abschnitt. Vorüberlegungen	3
Zweiter Abschnitt. Das Gutachten	4
§ 1. Der materiellrechtliche Teil des Gutachtens	5
A. Formulierungen und Prüfungsaufbau	6
B. Prüfung von Strafverfolgungsvoraussetzungen	10
I. Strafantrag	11
II. Verjährung	14
III. Strafklageverbrauch	14
IV. Weitere Verfolgungsvoraussetzungen	16
C. Beweisfragen	17
I. Verdachtsgrad	18
II. Bewertung des einzelnen Beweismittels	19
III. Beweisverwertungsverbote	20
1. Beweisverbote	21
2. Ausdrücklich geregelte Beweisverwertungsverbote	21
3. Weitere Beweisverwertungsverbote	23
a. Verstoß gegen die Belehrungspflicht des § 136 Abs. 1 Satz 2 StPO	24
b. Die Reichweite der §§ 136 Abs. 1 Satz 2 und 137 StPO	26
c. Das Verlesungsverbot des § 252 StPO	27
d. Einschaltung von Privatleuten	28
e. Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Durchsuchungen	30
f. Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Telefon- überwachungen	31
4. Fernwirkung von Verwertungsverboten	34
5. Schlußbetrachtung zu den Beweisverwertungsverboten	35
D. Zusammenfassung des materiellrechtlichen Gutachtens	35
§ 2. Der prozeßrechtliche Teil des Gutachtens	35
A. Vorüberlegungen und Sinn dieses Gutachtenteils	36
B. Prozessuale Überlegungen im Hinblick auf die Anklageerhebung	37
I. Sachliche Zuständigkeit	37
II. Örtliche Zuständigkeit	39
III. Zuständigkeitsfragen bei mehreren Beschuldigten	39
IV. Besonderheiten in bezug auf Maßnahmen	40
V. Mit der Anklage im Zusammenhang stehende Anträge	41
1. Antrag auf Erlaß eines Haftbefehls	41
2. Weitere Anträge	42
3. Anträge bei Anklageerhebung gegen Jugendliche und Heranwachsende	43

VI.	Weitere Besonderheiten	43
1.	Mitteilungspflichten	43
2.	Abgabe an Ordnungsbehörde	44
C.	Prozessuale Überlegungen im Hinblick auf die (Teil-)Einstellung des Verfahrens	45
I.	Der Begriff der prozessualen Tat	46
II.	Vorläufige und endgültige Teileinstellungen	47
III.	Teileinstellung nach § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO aus sachlichrechtlichen Gründen	48
IV.	Teileinstellung nach § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO wegen prozessualer Hindernisse	49
V.	Teileinstellung und Verweisung auf den Privatklageweg	50
VI.	Teileinstellung bei unwesentlichen Nebenstraftaten	51
VII.	Teileinstellung wegen Geringfügigkeit	52
VIII.	Einstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen	53
IX.	Teileinstellung nach § 153b StPO	54
X.	Beschränkung der Strafverfolgung	55
XI.	Besonderheiten bei Einstellung von Taten Jugendlicher und Heranwachsender	56
D.	Besonderheiten hinsichtlich einer Prüfung des Antrags auf Erlaß eines Strafbefehls	57
I.	Zulässigkeitsvoraussetzungen	57
II.	Inhaltliche Anforderungen	58
E.	Die Prüfung eines Antrags im beschleunigten Verfahren	58
Dritter Abschnitt. Die Entschließung der Staatsanwaltschaft		59
§ 1.	Die staatsanwaltschaftliche Abschlußverfügung	59
A.	Formalien	60
B.	Einleitungsvermerke	61
C.	„Einstellungsteil“ der Abschlußverfügung	62
I.	Vorläufige Teileinstellung nach § 205 StPO	62
II.	Teileinstellung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen	62
III.	Teileinstellung wegen prozessualer Hindernisse	64
IV.	Teileinstellung und Verweisung auf den Privatklageweg	65
V.	Teileinstellung bei unwesentlichen Nebenstraftaten	65
VI.	Teileinstellung wegen Geringfügigkeit	66
VII.	Einstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen	67
VIII.	Teileinstellung nach § 153b StPO	67
IX.	Beschränkung der Strafverfolgung	68
X.	Einstellungen nach dem Jugendstrafrecht	69
D.	„Anklageteil“ der Abschlußverfügung	69
E.	Besonderheiten bei Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls	71
§ 2.	Die Anklageschrift	71
A.	Vorüberlegungen	72
B.	Allgemeines	72
C.	Anklagesatz	73
I.	Kopf der Anklageschrift	73
II.	Personalien	75
III.	Zeit und Ort der Tatbegehung	76
IV.	Gesetzliche Merkmale der Straftat	78
V.	„Konkretisierung“	81

VI. Anzuwendende Strafvorschriften	84
VII. Weitere Angaben	86
D. Angabe der Beweismittel	87
I. Angaben des Angeschuldigten	87
II. Zeugen und Sachverständige	88
III. Urkunden und Gegenstände des Augenscheins	90
E. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen	91
F. Mit der Anklageschrift zu stellende Anträge	92
G. In Bayern und Baden-Württemberg zu beachtende Besonderheiten	93
I. Der Aufbau der Anklageschrift in Bayern	93
II. Der Aufbau der Anklageschrift in Baden-Württemberg	94
§ 3. Besonderheiten bei Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls	95

Zweiter Teil. Das Strafurteil

Erster Abschnitt. Urteilskopf	97
Zweiter Abschnitt. Urteilsformel	99
§ 1. Ausspruch ohne Sachentscheidung	100
§ 2. Urteilsformel mit Sachentscheidung	101
A. Urteilsformel bei Verurteilung	101
I. Schuldspruch	101
II. Rechtsfolgenausspruch	104
1. Haupt- und Nebenstrafen	105
a. Geldstrafe	105
b. Freiheitsstrafe	106
c. Besonderheiten bei der Gesamtstrafenbildung	107
d. Nebenstrafe und Nebenfolgen	109
2. Maßregeln der Besserung und Sicherung	109
a. Die freiheitsentziehenden Maßregeln	109
b. Die übrigen Maßregeln	110
3. Weitere Rechtsfolgen der Tat	111
4. Zusammentreffen von Straftat und Ordnungswidrigkeit	112
B. Kostenentscheidung bei Verurteilung	112
C. Besonderheiten bei freisprechendem und einstellendem Urteil	113
D. Entschädigungsentscheidung	114
§ 3. Liste der angewendeten Vorschriften	115
Dritter Abschnitt. Gründe	115
§ 1. Persönliche Verhältnisse	116
§ 2. Feststellungen	116
§ 3. Beweiswürdigung	117
§ 4. Rechtliche Würdigung	119
§ 5. Strafzumessung	120
§ 6. Begründung der Nebenentscheidungen	121

Vierter Abschnitt. Unterschriften	122
Fünfter Abschnitt. Mit dem Urteil zu verkündende Beschlüsse	122
Sechster Abschnitt. Das Urteil in Jugendsachen	122
§ 1. Die Urteilsformel	123
§ 2. Die „Gründe“	124
Siebenter Abschnitt. Besonderheiten bei Berufungsurteilen	124
§ 1. Die Entscheidung bei unzulässiger Berufung	124
§ 2. Die Entscheidung des Berufungsgerichtes in der Sache	125
§ 3. Weitere Besonderheiten bei Berufungsurteilen	126

Dritter Teil. Der Aktenvortrag in der mündlichen Prüfung

Erster Abschnitt. Einführung	127
Zweiter Abschnitt. Aufbau des Aktenvortrags	128
§ 1. Einleitung des Vortrags	129
§ 2. Kurzer Bericht	129
§ 3. Wesentlicher Entscheidungsvorschlag	131
§ 4. Begründung des Entscheidungsvorschlags	131
A. Materiellrechtliche Begutachtung	132
B. Prozessuale Überlegungen	134
§ 5. Konkreter Entscheidungsvorschlag	135